

## INHALT

### Haushalt

Koalition plant mehr Mittel für Bildung und Jugendarbeit im Haushalt ein. **S. 2/3**

### WLAN

Mit einer Gesetzesänderung erhält das Gratis-Internet endlich einen Schub. **S. 4**

## Gute Ernährung für Schulkids

In Bremer und Bremerhavener Schulmensen werden die Standards der Deutschen Gesellschaft für Ernährung künftig flächendeckend angewendet. Das hat die Bürgerschaft auf grüne Initiative beschlossen. Die Standards sehen höchstens zweimal pro Woche ein Fleischgericht vor. „Eine ausgewogene Ernährung fördert die Leistungs- und Konzentrationsfähigkeit von Kindern und Jugendlichen. Auch die körperliche Entwicklung profitiert“, erläutern der ernährungspolitische Sprecher Jan Saffe und die gesundheitspolitische Sprecherin Kirsten Kappert-Gonther.



**N**och fünf bis sechs Jahre, dann hat die Abfalldeponie im Blockland die Grenze ihres Fassungsvermögens erreicht. Das geht aus der Senatsantwort auf eine Kleine Anfrage der Grünen-Fraktion hervor. An welchem Standort der Abfall dann angehäuft wird, ist offen. „Bremen benötigt langfristig neue Deponiemöglichkeiten. Wir müssen uns bei der Suche nach Lösungen jetzt auf den Weg machen. Dazu gehört, auch das Gespräch mit Niedersachsen aufzunehmen. Schließlich kommt ein Gutteil des Abfalls auch von dort. Womöglich müssen wir weniger Abfälle aus Niedersachsen annehmen, um die Laufzeit der Blocklanddeponie erstmal verlängern zu können“, sagt die Fraktionsvorsitzende Maike Schaefer.

Die Behörde prüft derzeit mehrere Varianten: In Bremen kämen demnach evtl. eine Fläche bei den Stahlwerken oder

eine Erweiterung der Blocklanddeponie infrage. Eine Ausdehnung gen Waller Feldmarksee ist dabei aber ausgeschlossen. Bei beiden Möglichkeiten in Bremen sind aber noch viele offene Fragen zu klären. Die dritte Möglichkeit ist eine Kooperation mit Niedersachsen, zumal die Umlandgemeinden seit langem von der Bremer Müllverbrennungsanlage profitieren und gut 20 Prozent der Abfälle auf der Blocklanddeponie aus dem Nachbarland stammen.

Neben der Suche nach einem neuen Deponie-Stadort müssen auch Vorbereitungen getroffen werden, um die Anlage so zu sichern, dass es nach der Stilllegung zu keinen Umweltschäden kommt. „Wir unterstützen das Vorhaben, nach der Stilllegung aus dem Abfallberg einen Energieberg zu machen: Gut 15 Hektar auf dem Südhang können für Solaranlagen genutzt werden“, so Maike Schaefer.



# Mehr LehrerInnen für Inklusion an Schulen

**Koalition stärkt Bildung, offene Jugendarbeit, Klimaschutz und Polizei deutlich**

**D**ie Koalition stärkt die Inklusion an Schulen: Zum Schuljahr 2017/18 kommen 56 LehrerInnen zusätzlich zu den bereits beschlossenen 200 PädagogInnen hinzu. Das kommt insbesondere den Grundschulen zugute, deren Stundenzahl für den gemeinsamen Unterricht von behinderten und nichtbehinderten Kindern deutlich erhöht wird. Zudem wird die Anzahl der ReferendarInnen um

50 auf 500 gesteigert und der Studiengang ‚Inklusive Pädagogik‘ bleibt erhalten. Nicht zuletzt erhält jede Schule eine eigene ZUP-Leitung. Die Leitungen der Zentren für unterstützende Pädagogik koordinieren die

Inklusion vor Ort. Bisher waren sie z.T. für mehrere Schulen zuständig. Darauf haben sich die Fraktionen von Grünen und SPD bei ihren Haushaltsberatungen verständigt. Kosten: Gut drei Millionen Euro. Außerdem stellt die Koalition für die offene Jugendarbeit in den Stadtteilen neben der vom Senat vorgesehenen Erhöhung von 693.000 Euro für dieses und nächstes Jahr weitere Mittel in Höhe von insgesamt 600.000 Euro bereit. „Das sind wichtige Investitionen in die Zukunft unserer Kinder. Wir verbessern die Inklusion gerade an Grundschulen, die das Fundament für die Bildungschancen von Kindern legen. Das ist in einem Stadtstaat wie Bremen zugleich

**„Das sind wichtige Investitionen in die Zukunft der Kinder.“**

**Björn Fecker**

Dafür wird ein Haushaltsposten von 500.000 Euro geschaffen. Schwerpunkt ist dabei u.a. die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden wie Schulen, Turnhallen etc...„Energieeffizienz und Energiesparen im Gebäudebestand nützt dem Klimaschutz und hält die Energiekosten in

Armutsbekämpfung. Auch die Jugendarbeit vor Ort leistet einen wichtigen Beitrag, um die Entwicklung der Jugendlichen zu fördern. Diese Angebote helfen ebenso, zu uns geflüchtete Jugendliche zu integrieren“, erklärt der haushaltspolitische Sprecher Björn Fecker.

Darüber hinaus hat sich die Koalition entschieden, den Klimaschutz energisch voranzutreiben.

Schach. Wir müssen mehr für den Klimaschutz tun, damit auch unsere Kinder und Enkel gute Lebensbedingungen haben“, so die energiepolitische Sprecherin Maïke Schaefer.

Nicht zuletzt reagiert die Koalition auf Veränderungen bei der Sicherheitslage. Die Beschäftigtenzahl bei der Polizei wird auf 2600 erhöht. „Bremerinnen und Bremer müssen sich in ihrer Stadt sicher fühlen. Dafür haben wir die Voraussetzungen geschaffen“, so Björn Fecker.



# Mehr Gratis-Internet

Nachdem die Union endlich ihre Blockadehaltung aufgegeben hat, ist für freies WLAN auch in Bremen ein Schub zu erwarten.

Die Große Koalition will nach zähem Hickhack endlich den Weg für mehr freies WLAN freimachen: Wer für andere sein privates WLAN-Netz zur Verfügung stellt, muss künftig nicht mehr für das Surfverhalten der NutzerInnen haften. Die sog. Störerhaftung soll im neuen Telemediengesetz abgeschafft werden. Wie bisher schon Internet-Provider werden damit fortan auch private Betreiber von WLAN-Hotspots oder nebegewerbliche Anbieter wie Cafés und Hotels nicht mehr dafür haften, falls NutzerInnen z.B. illegal Musik herunterladen. „Das ist eine überfällige Entscheidung. Wir hoffen, dass das Gesetz wirklich die jetzt angekündigte Rechtssicherheit

bringt. Das lange Zögern der CDU hat Deutschland im internationalen Vergleich in puncto Digitalisierung und freies Internet weit zurückgeworfen“, so der netzpolitische



Sprecher Mustafa Öztürk.

Die nun vorgesehene Neuregelung beflügelt auch in Bremen den Ausbau von WLAN-Hotspots. Die Stadt

unterstützt etwa die City-Initiative, um möglichst noch bis Jahresende in der Innenstadt ein flächendeckendes WLAN-Netz anzubieten. Außerdem soll Walle gemeinsam mit der Freifunk Initiative und Gewerbetreibenden zu einem Experimentierstadtteil für freies WLAN werden. Und auch öffentliche Einrichtungen sollen mit freien Internetzugängen ausgestattet werden.

„Der freie WLAN-Zugang zum Internet ist nicht allein für den Handel und Tourismus wichtig. Der WLAN-Ausbau ermöglicht vor allem auch jenen Menschen einen freien Zugang zum Internet, die sich eine Flatrate zum Surfen und die Gebühren nicht leisten können“, unterstreicht Mustafa Öztürk.

## Bremen testet Bodycams



Bremen testet im Rahmen eines einjährigen Pilotprojektes den Einsatz von tragbaren Videokameras (Bodycams) bei der Polizei. Vorerst ist das nur auf der Diskomeile und am Sielwall vorgesehen. Die Videoaufzeichnung bei Einsätzen erfolgt nicht nur, wenn die Polizei das für nötig erachtet, sondern auch auf Verlangen von betroffenen Personen.

Die Aufzeichnungen werden zwei Monate lang gespeichert. Die eingesetzten Kameras machen Manipulationen so gut wie unmöglich. „Wir wollen die Polizei durch den Einsatz von Bodycams besser vor Angriffen und Beleidigungen schützen. Zugleich dient die Videoaufzeichnung aber auch dem Schutz der Betroffenen vor Fehlverhalten durch die Polizei. Der Einsatz von Bodycams hat einen disziplinierenden Einfluss auf alle Beteiligten und damit eine präventive Wirkung“, erklärt der innenpolitische Sprecher Wilko Zicht.

### Impressum



Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN  
in der Bremischen Bürgerschaft

Schlachte 19/20, 28195 Bremen  
Tel.: 0421 /3011-0  
E-Mail: fraktion@gruene-bremen.de  
ViSdP: Matthias Makosch  
Texte: Matthias Makosch  
Fotos: Elisa Meyer, iStockphoto,  
Bundespolizei NRW  
Druck: Geffken & Köllner, Bremen